

Vorstandsbericht in der Konf am 19.05.2011

Jour fixe

Deeskalation bei Villis-Vortrag

In Bezug auf mögliche Proteste rund um den Vortrag von EnBW Chef Villis (18.05.) wollten wir anregen, dass Konflikte mit Protestierenden ohne Polizei und durch Rücksprache mit uns gelöst werden.

Das Rektorat verwies zum einen darauf, dass das Hausrecht in Bezug auf den Vortragsraum in den Händen der Veranstalter läge und dass beim Mappus Vortrag letztes Jahr keine Bereitschaft da gewesen war, die StörerInnen zum Ruhigsein zu überreden.

Zu einem möglichen Eingreifen der Polizei im Foyer des KG2 meinte der Rektor, dass es in seiner Verantwortung liege sicherzustellen, dass niemand im Gebäude gestört wird.

Im Allgemeinen verwies das Rektorat darauf, dass sie formell auf das Vorgehen der Polizei keinen Einfluss hätten und mit einem vorher bekannten Sicherheitsplan mit verschiedenen Eskalationsstufen gearbeitet werde.

Auf den Einwand, dass mögliche Protestaktionen im Foyer auch geduldet werden könnten, meinte das Rektorat, dass eine Meinungsäußerung in der Uni rein über "das Wort" stattfinden müsse, alles andere (z.B. Protestaktionen) sei der Uni nicht angemessen. „Zur Inszenierung von Argumenten müssen andere Flächen genutzt werden“, meinte Prorektor Schanz.

Zusammengefasst

- Am Mittwoch (18.05.) ist der Vortrag von EnBW Chef Villis
- Anregung, mögliche Störungen ohne Polizei zu regeln
- Verantwortung (bezüglich dem, was die Veranstaltung direkt betrifft) liegt beim Veranstalter
- Umgang mit Ereignissen im Umfeld liegt in der Verantwortung des Rektorats
 - möchte sicherstellen, dass niemand im KG2 gestört wird (Proteste im Foyer nicht geduldet)
- Meinungsäußerung in der Uni "nur durch das Wort"

Kooperation bei Hochschulpolitik (insbesondere bezügl. Öffentlichkeitsarbeit)

Hier äußerten wir die Intention, bei der Neugestaltung der Hochschulpolitik, die durch den Regierungswechsel jetzt ansteht, ggf. gemeinsam in die Öffentlichkeit zu treten. Denn Punkte, die gemeinsam von Rektorat und Studierenden vertreten würden, ließen sich mit mehr Gewicht an die Landesregierung herantragen.

Das Rektorat verwies darauf, dass ihrer Meinung nach die Phase der Öffentlichkeitsarbeit bereits vorbei sei. Diese sei nur während der Arbeit am Koalitionsvertrag wichtig gewesen.

Nun gehe es darum über Lobby Arbeit an der konkreten Ausgestaltung von Detailfragen mitzuwirken.

Außerdem verwies das Rektorat darauf, dass die Universität und damit auch das Rektorat wegen des Neutralitätsgebots nicht als politischer Akteur auftreten könne. Das Rektorat könne nur auf "objektivierbare Fakten" verweisen.

Politische Äußerungen gebe es nur über die Landes Rektoren Konferenz (LRK), die als Verein nicht an das Neutralitätsgebot gebunden ist.

Grundsätzlich wäre das Rektorat zu gemeinsamer thematischer Arbeit auf Basis sachlicher Diskussionen bereit. Es müsse aber vorerst abgewartet werden, welche Prioritäten das neue Ministerium setze, bevor solch eine Arbeit beginnen könne.

Sollte es zu Anhörungen von Gesetzentwürfen kommen, könnten diese auch durch einen gemeinsamen Senatsbeschluss kommentiert werden.

In der Frage der Verfassten Studierendenschaft (VS) unterstrich Prorektor Schanz vor allem, dass klare Verantwortlichkeiten und klare Ansprechpartner/innen geschaffen werden müssten. Die Selbstorganisation der VS im Allgemeinen schien ihm recht egal zu sein.

Insgesamt gesehen ist besonders die Frage der Kompensation des Studiengebührenwegfalls nun für das Rektorat von Bedeutung.

Zusammengefasst

- Nachfrage, ob bei inhaltlichen Übereinstimmungen gemeinsame Pressearbeit gemacht werden kann.
- Phase der Öffentlichkeitsarbeit ist laut dem Rektorat vorbei. Deshalb aktuell kein Bedarf.
- Hochschule ist kein politischer Akteur. Politische Arbeit läuft über die LRK.
- Gemeinsame inhaltliche Arbeit durchaus erwünscht.

Offenes Treffen zur Gestaltung der VS-Einführung

Am 16.05. gab es ein erstes Treffen, um sich über den Weg hin zur VS-Einführung Gedanken zu machen. Dabei wurden zentrale Etappen hin zur VS gesammelt und zeitlich eingeordnet.

Unter anderem ist angedacht, Workshops und Diskussionsveranstaltungen über die Aufgaben und mögliche Modelle der Verfassten Studierendenschaft zu veranstalten. Als Zeitpunkt für die Urabstimmung über unser zukünftiges Modell der Studierendenvertretung wurde sich vorläufig auf Wintersemester 2012 geeinigt.

Das offene Treffen zur Planung der VS-Einführung wird ab jetzt zweiwöchentlich stattfinden (das nächste am 30.5. 18 h). Alle Interessierten, ob erfahren oder nicht, sind herzlich eingeladen, sich einzubringen.

Es würde uns auch sehr freuen, wenn sich noch mehr Frauen als aktuell in die Planungen miteinbringen könnten. Das Männer-Frauen-Verhältnis war beim Treffen vom 16.05. nämlich sehr unausgeglichen (nur ca. 15 % Teilnehmerinnen).

Nähere Infos zum Treffen und dem weiteren Verlauf der VS-Einführung findet ihr auf der

Website des u-asta.

Zusammengefasst

- Verschiedene Workshops und Diskussionsveranstaltungen hin zur Urabstimmung über unser zukünftiges Modell angedacht
- Protokoll und nähere Infos zur VS-Einführung unter <http://www.u-asta.uni-freiburg.de/politik/vs>
- Nächstes Treffen zur Gestaltung der VS-Einführung: Montag, 30.5. 18 Uhr u-asta